

Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 03.03.2025

Verantwortung in schwierigen Zeiten mit Mut zur Erneuerung

Unser Land steht angesichts von Krisen und Kriegen sowie politischen Veränderungen in Europa und der Welt vor immensen Herausforderungen. Die SPD stellt sich diesen Herausforderungen und der Verantwortung für Deutschland. Deshalb haben wir Sondierungsgespräche mit CDU und CSU über die Bildung einer neuen Bundesregierung begonnen.

Gleichzeitig haben wir die Verantwortung das Bundestagswahlergebnis nicht nur zu analysieren, sondern Schlüsse daraus zu ziehen, die die deutsche Sozialdemokratie nachhaltig in die Lage versetzen, wieder Wahlen gewinnen zu können.

Wir stehen heute am Beginn einer Neuaufstellung.

Auch wenn wir wissen, dass die enorme Wechselstimmung gegen die in der Bevölkerung unbeliebte Ampelregierung der Hauptgrund für die Wahlniederlage war, hielt der Wahltag auch für uns als Partei bittere Erkenntnisse bereit. Nur noch 12 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter haben uns das Vertrauen geschenkt. Bei den Erstwählenden haben wir zwar am wenigsten verloren, landen mit 11 Prozent aber abgeschlagen auf Rang 4. Wir konnten unser Potenzial bei den Frauen nicht mobilisieren. Im Osten Deutschlands landen wir nach einem überragenden Erfolg 2021 nur noch bei 10 Prozent. In den wahlentscheidenden Themen Innere Sicherheit, Migration und Wirtschaft haben wir schlechte Kompetenzwerte.

Gleichzeitig hat uns der Wahlkampf gezeigt, wie sozialdemokratische Grundprinzipien also Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität auch von mächtigen Playern aus dem Ausland angegriffen werden. Putins Troll-Armeen, Elon Musk und die international vernetzte Rechte seien hier als Beispiele genannt. Der aktuelle Eklat in Washington ist ein neuer Tiefpunkt.

Einfache Erklärungsversuche helfen uns deshalb nicht. Wir brauchen ein umfassendes Verständnis, wo und wie wir seit dem herausragenden Wahlerfolg 2021 in den vergangenen dreieinhalb Jahren die Bürger:innen verloren haben, wo wir in der Vorbereitung und Umsetzung der Kampagne Fehler gemacht haben und welche gesellschaftlichen Veränderungen die SPD aktuell in die Defensive bringen. Der Wahlerfolg 2021 und die ersten Monate danach haben ein wenig in Vergessenheit geraten lassen, dass die SPD auch schon davor kontinuierlich an Zustimmung verloren hatte. Sie zeigen, was möglich ist, wir haben es aber nicht möglich gemacht. Nur wenn wir die richtigen Schlüsse ziehen, werden wir als Volkspartei der linken Mitte wieder mehrheitsfähig. Diese Arbeit beginnt jetzt. Und sie darf nicht enden. Denn eines muss uns klar sein: Wer sich erneuern will, sollte das jeden Tag tun.

Das ist unser Weg:

Wir stellen uns politisch neu auf.

1. Das Ergebnis dieser Wahl ebenso wie die Entwicklungen der vergangenen Jahre werden durch eine Kommission aufgearbeitet, zu der wir auch externe Expertise hinzuziehen. Unterstützt wird die Arbeit der Kommission durch Befragungen der Wahlkreise und Ortsvereine, eine gemeinsame Auswertung mit Hauptamtlichen des Willy-Brandt-Hauses, Kommunalpolitiker:innen, der Landesverbände und Bezirke sowie externe Analysen. Die Kommission wird dem Parteivorstand einen Bericht vorlegen, der Grundlage für einen Beschlussentwurf des Parteivorstandes an den ordentlichen Bundesparteitag ist. Der Prozess wird vom Generalsekretär koordiniert.

2. Wir machen uns auf den Weg zur programmatischen Erneuerung, indem wir programmatische Grundsatzfragen in einem dialogischen offenen, demokratischen und inklusiven Prozess mit Mitgliedern, Bürger:innen, Wissenschaftler:innen und Expert:innen erarbeiten und klären.

Zu Beginn dieses programmatischen Neuaufstellungsprozesses müssen wir uns auf die Fragen verständigen, die wir in diesem Prozess zu klären haben. Was ist tatsächlich passiert und warum?

Dieser Prozess darf keine reine Selbstbeschäftigung sein, sondern muss in der SPD Fenster und Türen öffnen, um Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und die SPD fest in der Gesellschaft zu verankern. Durch die Integration von Intellektuellen, Wissenschaft, Mitgliedern und Bürger:innen kann eine neue Grundsatzprogrammatische entstehen, die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gibt. Breite Partizipation stärkt unsere Demokratie und stellt politische Legitimität her.

Ziel muss sein, soziale Politik im 21. Jahrhundert zu formulieren. Das umfasst die Verteidigung und Verbesserung der Grundprinzipien der sozialen solidarischen Sicherung auf der Höhe der Zeit. Aber ebenso die Frage, wie ein handlungsfähiger Staat, der Zusammenhalt und Zukunft organisiert, angesichts der weltweit agierenden libertär-autoritären Bewegungen, die genau diesen bekämpfen, im 21. Jahrhundert gestaltet werden muss. Was heißt Partei der Arbeit heute? Wie sichern wir die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen, ohne die auf der ganzen Welt Demokratie, globale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung nicht verwirklicht werden können? Wie stärken wir gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein neues Wir in einer vielfältigen Gesellschaft, die stets von Zuwanderung profitiert hat und auch künftig auf Zuwanderung angewiesen ist? Was bedeutet die europäische Einigung für die Sozialdemokratie? Letztlich geht es um die Neubestimmung der Rolle der Sozialen Demokratie im 21. Jahrhundert und die Zuversicht, dass eine gute Zukunft gestaltet werden kann. In diesem Sinne brauchen wir eine Programmatik, in der sich die SPD unter den Rahmenbedingungen eines globalisierten und entfesselten Kapitalismus und

angesichts der Hinwendung von Teilen der ökonomischen und politischen Eliten zu autoritären Denkmustern programmatisch neu ausrichtet.

Der Parteivorstand erarbeitet in Zusammenarbeit mit der Grundwertekommission eine Konzeption für den Prozess. Start des Prozesses ist der ordentliche Bundesparteitag 2025. Der ordentliche Bundesparteitag 2027 verabschiedet das Programm.

3. Wir stellen unsere Kommunikation neu auf. Politische Willensbildung lebt von Kommunikation und Vertrauen. Die Bedingungen hierfür haben sich in den letzten Jahren fundamental verändert. Wir müssen deshalb unsere Kommunikation neujustieren und zentrale Fragen beantworten: Wie können wir über unsere Politik unter den Kommunikationsbedingungen des 21. Jahrhunderts mit den Bürger:innen kommunizieren? Warum sind die Angriffe der Rechten auf uns und unsere Akteure so wirksam? Wie wirken sie zusammen? Wie schaffen wir es, eigene Begriffe zu prägen und unsere Politik nicht nur mit Fakten zu unterlegen, sondern diese auch emotional positiv zu besetzen? Wie kommen wir in die Lage unsere Politik so zu besprechen, dass sie als Erfolg wahrgenommen wird? Wir können wir einheitlich und kraftvoll über alle politischen Ebenen kommunizieren?

Der Generalsekretär wird beauftragt, gemeinsam mit dem Parteivorstand und den Landesverbänden und Bezirken diese Neujustierung zu erarbeiten.

Wir stellen uns organisatorisch neu auf

Eine funktionierende Parteiorganisation ist für die Zukunft der Sozialdemokratie essenziell! Der vergangene Bundesparteitag 2023 hat mit seinem fast einstimmig gefassten Beschluss eines organisationspolitischen Leitantrages (O 1) hier bereits die entsprechenden Weichen gestellt. Wir haben uns unmittelbar nach dem Parteitag auf den Weg gemacht und mit der Arbeit begonnen. Die finanziellen und personellen Auswirkungen des schlechten Bundestagswahlergebnisses erfordern eine Beschleunigung der bereits beschlossenen organisationspolitischen Reformen und darüber hinaus auch noch weitere Schritte.

Dazu gehören insbesondere:

- Sicherstellung einer handlungsfähigen Parteiorganisation insbesondere in Ostdeutschland.
- Gemeinsame Organisationsentwicklung von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken in den Handlungsfeldern Hauptamtlichkeit der Zukunft, Ehrenamt der Zukunft, Unterstützung des Ehrenamtes, Rekrutierungs- und Qualifizierungsstrategien, Weiterbildung, Organizingfähigkeiten auf allen Gliederungsebenen, Geschäftsstellen der Zukunft, usw...
- Standardisierung und Digitalisierung für eine moderne Parteiorganisation in den Handlungsfeldern Digitale Strategie für die gesamte Parteiorganisation, Standardisierung von Prozessen in den Bereichen Mitgliederverwaltung,

Buchhaltung, Rechenschaftsberichte und Rechenschaftsberichte, Erarbeitung und Umsetzung einer Digital-First-Strategie.

- Entwicklung einer gemeinsamen Kampagnen-Infrastruktur von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken.
- Solidarische Grundfinanzierung einer nachhaltigen Parteiorganisation bei den unerlässlichen „Brot und Butter Fähigkeiten“ und den notwendigen gemeinsamen Investitionen im IT-Bereich (Digitalisierung, Social Media, IT-Sicherheit...) von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken.
- Straffung der Leitungs-, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen des Parteivorstandes.
- Fortschreibung und Weiterentwicklung des Neuaufstellungprozesses im Willy-Brandt-Haus.
- Stärkung des Politikfeldes Kommunalpolitik als Grundlage einer funktionsfähigen Partei.
- Beschleunigung der Umsetzung der in den organisationspolitischen Leitanträgen der Parteitag 2019 und 2023 geforderten organisationspolitischen Maßnahmen.

Der Schatzmeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe mit Vertreter:innen der Landesverbände und Bezirke einzurichten, welche umgehend eine Roadmap zur Umsetzung der oben genannten Eckpunkte entwickelt, die dann vom Parteivorstand oder gegebenenfalls von einem Parteitag zu beschließen sind.

Zwischenschritt auf dem Weg zur personellen, programmatischen und organisatorischen Erneuerung

Der ordentliche Bundesparteitag 2025 soll vorgezogen werden und möglichst noch vor der Sommerpause stattfinden. Der Generalsekretär wird beauftragt, mit den Landesverbänden und Bezirken einen geeigneten Termin im Juni zu finden.

Neben der Wahl der Parteispitze berät der Parteitag über Schlussfolgerungen aus der Wahlanalyse und einen Fahrplan für die strategische, programmatische und organisatorische Aufstellung der SPD für die Bundestagswahl 2029.